Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224 — Nr. 36 a

Bezugspreis: monatlich 2 [illegible] mit 2maliger Zustellung 2,00 G-M. [illegible] Bezugsgebühr [illegible] nehmen entgegen [illegible] Post-Zeitungsbestellungen werden nur die vom 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 54 mm breite Millimeterzeile 18 Pfennig, kleine Anzeigen 8 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig, Stellengesuche 6 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonische Aufträge übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62 — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 [illegible]

Sonnabend, 12. Februar 1927

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 — Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Marx' Keudell-Erklärung im Reichstag

Der Mißtrauensantrag gegen Reichsminister von Keudell abgelehnt

Berlin, 11. Februar. Im Reichstag wurde heute nach Abschluß der Aussprache über die kommunistische Interpellation, die sich gegen den Reichsinnenminister von Keudell richtete, ein demokratischer Mißtrauensantrag gegen Herrn von Keudell wegen seines Verhaltens beim Kapp-Putsch und wegen des gesellschaftlichen Boykotts Andersdenkender mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Für den Mißtrauensantrag stimmten mit den Antragstellern die Sozialdemokraten und Kommunisten sowie der Abgeordnete Dr. Wirth (Zentr.). Dagegen stimmten die Regierungsparteien, die Völkischen und die Wirtschaftliche Vereinigung.

Nach Ablehnung des demokratischen Mißtrauensvotums stimmte der Reichstag gemeinsam über das sozialdemokratische und kommunistische Mißtrauensvotum ab, da die Anträge den gleichen Wortlaut hatten und nur besagen, daß Herr von Keudell das Vertrauen des Reichstages nicht besitzt. Die Mißtrauensvoten wurden mit 218 Stimmen gegen 163 Stimmen mit einer Enthaltung abgelehnt.

Herr von Keudell enthielt sich bei den Abstimmungen der Stimme.

Der Verlauf der Reichstagssitzung

Berlin, 11. Februar. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Marx, Vizekanzler Hergt, Innenminister von Keudell. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um ½2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Innenminister von Keudell und die kommunistische Interpellation wegen der Beherbergung der „Olympia" auf dem Gute des Herrn von Keudell.

Abg. **Torgler** (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge.

Unter allgemeiner Spannung nahm dann

Reichskanzler Dr. Marx

das Wort. Er erklärt, daß er sich nicht darauf beschränken werde, die Interpellation zu beantworten, sondern daß er den Gesamtteil von Keudell erörtern werde. Ich habe, so führt der Reichskanzler aus, bereits in der letzten Sitzung erklärt, daß es im eigensten Interesse des Herrn von Keudell liegt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe sofort nachgeprüft werden. Ich habe die Untersuchung in die Hand genommen und beschleunigt. Heute bin ich in der Lage, die nötigen Auskünfte zu geben. Die Untersuchung war streng objektiv, sachlich und leidenschaftslos. (Lachen links.) Alles Material aus Dienstakten und Mitteilungen aus der Oeffentlichkeit sind geprüft worden, so daß ich mir

ein zuverlässiges und objektives Urteil

bilden konnte. Der Kanzler geht zunächst auf die Vorwürfe wegen des Verhaltens des Reichsinnenministers als Landrat von Königsberg in der Neumark in den Tagen des Kapp-Putsches ein; von Keudell habe zugegeben, daß er im März 1920 die Bekanntmachungen des Militärbefehlshabers veröffentlicht habe. Die Veröffentlichungen geschahen auf ausdrückliche Anweisung des ständigen Stellvertreters des von seinem Amtssitz abwesenden Regierungspräsidenten von Frankfurt (Oder). Der Kanzler weist darauf hin, daß Königsberg in der Neumark ein kleines, abgelegenes Landstädtchen sei. Irgendwelche Nachrichten von der anderen Regierung seien dem Landratsamt nicht zugegangen. Infolgedessen konnten die Kundgebungen der alten rechtmäßigen Regierung in den ersten Tagen nicht nach Königsberg gelangen. Sämtliche Telephonverbindungen zwischen dem Landratsamt und Berlin oder Frankfurt (Oder) waren auch während der nächsten Tage nicht zu erreichen. Deshalb war es auch nicht möglich, zuverlässige Nachrichten über das tatsächliche Schicksal der Regierung zu erhalten. Das Landratsamt war während der Tage des Kapp-Putsches lediglich auf die Nachrichten der Militärbehörden angewiesen, wobei die erste Nachricht von der Rückkehr der verfassungsmäßigen Regierung durch die Militärbehörde eintraf; am 18. März 1920 hat sie von Keudell an die nachgeordneten Stellen umgehend weiterzugeben und alle anderslautenden Bekanntmachungen sofort widerrufen. Es muß festgestellt werden, daß nach der vorliegenden Rechtsprechung der Beamte in erster Linie zu gehorchen hat. Im Falle Keudell hat eine

Anweisung der vorgesetzten Behörde

vorgelegen, die befolgt werden mußte. Der Reichskanzler weist darauf hin, daß damals der militärische Ausnahmezustand bestand und daß die polizeiliche Gewalt auf den Militärbefehlshaber übergegangen war. Auch danach war Herr von Keudell verpflichtet, den Anordnungen des Militärbefehlshabers nachzukommen. Es war für ihn als Landrat die erste Pflicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Es war seine gegebene Pflicht, an der Räderitzer Brücke Gendarmen aufzustellen. Diese Maßnahme hat er getroffen, um ein Uebergreifen der Unruhen aus Eberswalde zu verhindern. Von der Einsetzung des Panzerzuges, die auf Anordnung des Kommandanten von Küstrin erfolgt ist, hat Herr von Keudell erst später erfahren. Herr von Keudell gibt zu, mit dem Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes zusammengekommen zu sein und hält es für möglich, daß er, allerdings auf militärische Anweisung, den Vertrauensmann der einer Propaganda zum Generalstreik gewarnt hat. Herr von Keudell bestreitet, dem Oberbürgermeister von Morin eine Strafe im Dienstaufsichtswege angedroht zu haben. Er hat weiter versichert, daß Zusammenkünfte, die eine am Tage vor dem Kapp-Putsch im Schlosse des Grafen Finckenstein stattgefunden hat, nur dazu dienten, um Fragen zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu besprechen. Von einem bevorstehenden Putsch ist bei diesen Zusammenkünften nie gesprochen worden. Herr von Keudell ist dann in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Am 20. April 1920 hat er den Regierungspräsidenten um beschleunigte Untersuchung seines Verhaltens ersucht.

Am 18. Mai, nachdem er gehört hatte, daß alle in Betracht kommenden Landräte gehört werden sollten, jedoch nur auf Antrag, hat er beim zuständigen Dezernenten schriftlich den Antrag gestellt, vor dem Untersuchungsausschuß gehört zu werden. Eine Untersuchung oder ein Disziplinarverfahren ist jedoch niemals eingeleitet worden. (Hört, hört! rechts.)

Herr von Keudell ist in dieser Beziehung bis heute noch ohne jede Nachricht. (Lachen links.)

Am 22. Juli 1921 wurde Herr von Keudell vom preußischen Innenminister im Einverständnis mit dem preußischen Finanzminister vorübergehend der Regierung Stettin zur Leitung eines Ausschusses zur Feststellung von Schießschäden überwiesen. (Hört, hört! rechts.) Er hat diese amtliche Stelle nicht antreten können, weil er damals krank war. Er hat jedoch diese Berufung dahin auffassen müssen, daß ihn die preußische Staatsregierung wieder im aktiven Staatsdienst verwenden wollte. Diese Auffassung wird durch die Tatsache unterstützt, daß Herr von Keudell im März 1922 zum Regierungsrat in Arnsberg ernannt werden sollte. Der vom preußischen Innen- und preußischen Finanzminister unterzeichnete Erlaß wurde aber nicht mehr abgesandt, da Herr von Keudell inzwischen um seine

Entlassung aus dem Staatsdienst

gebeten hatte. Aus der Tatsache, daß die preußische Staatsregierung entgegen ihrer, anderen Landräten gegenüber eingenommenen Haltung von einem Untersuchungsverfahren gegen von Keudell abgesehen hat und ihn wieder in den Staatsdienst aufnehmen wollte, muß der Schluß gezogen werden, daß auch die preußische Staatsregierung damals schon sein Verhalten nicht so beurteilt hat, daß sie eine neuerliche Berufung in den Staatsdienst für ausgeschlossen hielt. Was den Küstriner Putsch anbelangt, so steht fest, daß der jetzige Reichsinnenminister keinesfalls unmittelbar nach dem Putsch bei Oberst Gudovius für Buchrucker eingetreten ist. Erst einige Tage später war er bei Gudovius, und zwar nur zu dem Zwecke, ihm dafür zu danken, daß er durch seine Haltung den Kreis Königsberg vor schweren Unruhen bewahrt hat. Herr von Keudell hat den Küstriner Putsch stets aufs schärfste verurteilt.

Der Kanzler wendet sich dann der kommunistischen Interpellation zu. Herr von Keudell sei jahrelang von den verschiedensten Organisationen angegangen worden, er möge Mitglieder von ihnen für einige Zeit auf seinem Gute unterbringen. Er hat auch Kinder aus dem Ruhrrevier aufgenommen und jüdische Pfadfinder. (Heiterkeit rechts.) Der Verband „Olympia" ist Herrn von Keudell nur aus der Presse bekannt. Im übrigen ist die „Olympia" erst am 12. Mai 1926 verboten worden. Im Jahre 1923 war der Jungdeutschlandbund auf dem Gute untergebracht. Dieser unpolitische Verband hat in seiner Weise etwas mit der verbotenen „Olympia" zu tun. Militärische Ausbildungen haben nicht stattgefunden, auch keine militärischen Schießübungen. Schießsport wurde nur wenig getrieben. (Als der Kanzler von der Linken dauernd durch Lachen und andere Kundgebungen unterbrochen wird, ruft er: „Ja, meine Herren, bei Ihnen ist das Urteil schon gesprochen. Ich betrachte Ihre Kundgebungen als eine Unverfrorenheit ersten Ranges. Ich weiß meine Pflicht zu tun.") (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, Lärm bei den Kommunisten.) Bei dem Beschluß, der zu dem Abbruch der Beziehungen der Großgrundbesitzer zu dem Mitglied des Jungdeutschen Ordens von Treskow geführt hat, hat Herr von Keudell nicht mitgewirkt. Die Beziehungen zu Treskow sind deshalb abgebrochen worden, weil dieser vertrauliche Dinge verraten hat.

Ich bedaue aber, daß es sich bei diesen Dingen nicht um Diktaturbestrebungen, ihre Bekämpfung, oder um irgendwelche Putschpläne handelt. Der Reichskanzler erklärt mit erhobener Stimme, daß er auf dieser Grundlage nach genauester, gewissenhaftester Prüfung sagen müsse, daß Vorwürfe gegen Herrn von Keudell wegen rechtswidrigen Verhaltens in der Vergangenheit nicht berechtigt sind.

Ich bin der Ueberzeugung, daß die überaus große Mehrheit des Hauses diese meine Auffassung teilen wird. Persönlich wolle er bemerken, daß er glaube, in Herrn von Keudell einen Mann kennengelernt zu haben, der sein Wort hält. (Stürmende Unterbrechungen links.) Der Kanzler betont zum Schluß, daß sich die Tätigkeit auch der neuen Regierung nur auf dem Boden der Verfassung bewegen werde. Nach den Besprechungen mit Herrn von Keudell habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß er in dessen Person für diese Bestrebungen einen treuen Helfer gefunden habe. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, Unruhe und Lärm links.)

Darauf nimmt das Wort

Innenminister von Keudell

Er erklärt, es widerstrebe ihm, von seiner Person zu sprechen. Es widerstrebe ihm auch, zu glauben, daß ein Mitglied des Hauses ihm die Verletzung seiner Eidespflicht zutrauen könne. (Gelächter und Unruhe bei den Kommunisten.) Nach seiner ganzen Lebensauffassung werde er selbstverständlich zu seinem Eide stehen, und er erachte es als seine besondere Pflicht, für den Schutz und das Ansehen der deutschen Republik zu sorgen. Das Wort des Herrn Reichskanzlers an meine persönliche Adresse findet meinen Beifall. Zum Schluß erklärt der Minister, er werde alles tun, um ein vertrauensvolles Mitarbeiten zu ermöglichen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Landsberg** (S. P. D.) hält die Erklärungen im Falle der Olympia für unbefriedigend, ebenso die Verteidigung des Herrn von Keudell im Falle des Kapp-Putsches. Die Haltung des Zentrums sei unbegreiflich. Früher habe es einen flammenden Aufruf gegen Kapp erlassen und jetzt entschuldige es Herrn von Keudell. Herr von Keudell mag in einer Ernte-Abschätzungs-Kommission am Platze sein, nicht aber im Ministerium des Innern. Der Reichsminister des Innern, der die Verfassung zu schützen habe, müsse ein Mann sein mit heißer Liebe für diese Verfassung. Das werde wohl Herr von Keudell selbst nicht für sich behaupten. Wer einmal die Verfassung verletzt habe, könne nicht ihr Hüter werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von **Guérard** (Zentr.) erklärt, daß nach den Feststellungen des Reichskanzlers und durch die eben gehörte Erklärung des Reichsinnenministers die Voraussetzungen erfüllt seien, die das Zentrum an sein Vertrauensvotum vom 5. Februar gestellt habe. Dieses erstrecke sich daher auf das ganze Reichskabinett. Das Zentrum lehne daher die gegen den Reichsinnenminister vorgelegten Mißtrauensanträge ab.

Abg. Freiherr von **Richthofen** (Dem.) begründet das Mißtrauensvotum seiner Fraktion. Es habe sich herausgestellt, daß das angeblich politisch unbeschriebene Blatt von Keudell doch erheblich beschrieben, um nicht zu sagen bekleckst sei. Der Minister solle doch ruhig zugeben, daß er innerlich auf seiten der Kappisten gestanden habe. Statt dessen habe er den Weg des Vertuschens beschritten. Die Ernennung des Herrn von Keudell widerspräche der Staatsraison. An dem Boykott gegen Herrn von Treskow habe Herr von Keudell mitgewirkt. Das sei aufs schärfste zu verurteilen. Bismarck habe von seinen Beamten Zuverlässigkeit und innere Ueberzeugungstreue verlangt. Bei Herrn von Keudell sei davon nicht viel vorhanden.

Es wird dann zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird abgestimmt über das demokratische Mißtrauensvotum. Das Mißtrauensvotum wird mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Es folgt dann die gemeinsame Abstimmung über das sozialdemokratische und kommunistische Mißtrauensvotum. Die Anträge werden mit 218 gegen 163 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ein Gesetzentwurf zur Aenderung der Verordnung über die Fürsorge für erwerbslose Seeleute wird ohne Aussprache in 2. und 3. Lesung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Reichswohnungszählung im Jahre 1927.

Abg. **Lepinski** (S. P. D.) verlangt bei der Wohnungszählung auch die Berücksichtigung der gesundheitlichen Verhältnisse. Die Vorlage umfasse nur etwa 4000 Gemeinden mit 44,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, während nahezu 60 000 Gemeinden aus der Zählung herausblieben. Das müsse geändert werden. Auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande müßten festgestellt werden. Der Redner beantragt, den Kostenzuschuß des Reiches von 600 000 auf 1 200 000 Mark zu erhöhen.

Abg. **Nebdermeyer** (Komm.) weist auf die gesundheitlichen Schäden der heutigen Wohnungsverhältnisse hin. In Berlin müßten 250 000 Menschen zu vieren in einem Raum wohnen.

Abg. **Lucke** (W. V.) befürchtet, daß die Wohnungszählung ein falsches Bild ergibt. Es würde genügt haben, die Räume und die Haushaltungen zu zählen.

Abg. **Tremmel** (Zentr.) hält die Wohnungszählung für notwendig als Unterlage für die bevorstehende Entscheidung über die bisherigen Wohnungsgesetze und über die Mietsteuer beim Finanzausgleich.

Abg. **Winnefeld** (D. V. P.) erklärt, man habe sich auf die größeren Orte beschränkt, um die Zählung zu beschleunigen. Die Landwirtschaft habe gegen eine Zählung nichts einzuwenden. Es müsse einmal festgestellt werden, wieviel Ausländer deutsche Wohnungen besitzen.

Unter Ablehnung sämtlicher Aenderungsanträge wird dann die Vorlage in 2. und 3. Lesung angenommen, ebenso die Entschließungen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 3 Uhr. Tagesordnung: Erste Lesung des Reichshaushaltsplans. Schluß 5½ Uhr.

Das Zentrum und Dr. Wirth

Berlin, 10. Febr. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Vorstand der Zentrumsfraktion heute der Fraktion folgenden von ihm gefaßten Beschluß vorgelegt:

„Unter Hinweis auf § 8 der Richtlinien für die politische und parlamentarische Arbeit hat der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages bedauert, daß Herr Dr. Wirth sich bei der Abstimmung vom 5. Februar von der Fraktion getrennt und mit „Nein" gestimmt hat. (Abstimmung über das Vertrauensvotum der Reichsregierung.)"

Die Zentrumsfraktion hat diesem Beschluß des Vorstandes einstimmig zugestimmt. Abg. Dr. Wirth hat an der Fraktionssitzung nicht teilgenommen.

Die „Germania" schreibt zum Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums in der Angelegenheit Dr. Wirth u. a.: Dieser Beschluß entspräche der Stimmung wohl der übergroßen Mehrheit unserer Wähler im Lande. Auch die Art der Erledigung dieses Vorkommnisses dürfte der Zustimmung der Partei sicher sein. Die Angelegenheit gehe in erster Linie die Fraktion selbst an; nachdem sie das sachlich Notwendige dazu gesagt habe, dürfte eine weitere Erörterung in den Parteiorganen überflüssig sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702122-13/fragment/page=0001

Eine Klarstellung der Deutschnationalen Volkspartei

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Februar. Die Rede, die Graf Westarp am 7. Februar im Amt für staatspolitische Bildung der Studentenschaft der Universität Berlin über Außenpolitik und Völkerbund gehalten hat, hat nicht nur — wie zu erwarten — im „Vorwärts", sondern auch in anderen linksgerichteten Blättern eine entstellte Wiedergabe gefunden. Es handelt sich dabei um einen aus einem zweistündigen akademischen Vortrag von privater Seite gemachten Auszug, dessen Kürze jeder Ausdeutung Raum gibt, aber uns nicht veranlassen kann, auf die in ihm enthaltenen Entstellungen einzugehen. Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den behandelten Problemen ist authentisch in den Reichstagsreden des Grafen Westarp niedergelegt.

Die Verhandlungen der Luftfahrtsachverständigen

Berlin, 11. Februar. Amtlich wird bekanntgegeben: Die Verhandlungen der zivilen Luftfahrtsachverständigen, die zurzeit im Auftrage der Wirtschaftskommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes über eventuelle Bewertung der zivilen Luftfahrt im Rahmen einer Abrüstung militärischer Luftstreitkräfte beraten, sind fortgesetzt worden. Es besteht Einigung darüber, daß die zivile Luftfahrt mit Rücksicht auf ihre große wirtschaftliche und verkehrstechnische Bedeutung angesichts der in ihr liegenden, noch nicht übersehbaren Entwicklungsmöglichkeiten in keiner Form durch eine einzige Abrüstung oder Beschränkung der Luftstreitkräfte beeinträchtigt werden darf.

Eine Regierungserklärung über die deutsch-polnische Spannung

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Februar. In der am Freitag stattfindenden Kabinettssitzung wird im Mittelpunkt der Erörterungen die Behandlung der neu entstandenen deutsch-polnischen Schwierigkeiten stehen. Die brutale Ausweisungsmethode, die gegenüber Reichsdeutschen und Oberschlesiern angewendet worden ist, hat bereits einen entsprechenden Notenwechsel mit der Warschauer Regierung zur Folge gehabt. Die Beschlüsse des Kabinetts, die in einem Kommuniqué festgesetzt werden sollen, dürften maßgebend sein für die weiteren Verhandlungen unserer Unterhändler bei der Weiterführung der deutsch-polnischen Verhandlungen. Wie bereits in den während des letzten Vierteljahres mit den polnischen Delegierten in Berlin entstandenen Differenzen festzustellen war, hatte Polen gegenüber der deutschen Forderung, das Niederlassungsrecht Deutscher auf polnischem Gebiet vertraglich festzulegen, immer wieder Gegengründe und Ausflüchte geltend gemacht. Deutscherseits waren die polnischen Delegierten nicht im Zweifel darüber gelassen worden, daß ohne die Vereinigung dieser Grundfrage alle weiteren Wirtschafts- und Handelsvertragsverhandlungen überflüssig bzw. indiskutabel wären. Man wird daher voraussichtlich bei der Kabinettssitzung nicht einen Abbruch der Gesamtverhandlungen mit Polen beschließen, sondern nur ein neues Ersuchen an die Warschauer Regierung formulieren, in dem der Vorschlag gemacht wird, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen vorläufig solange zurückzustellen, bis man auf der Basis des Niederlassungsrechtes zu einem positiven Ergebnis gekommen ist.

Protest gegen die Deutschenausweisungen aus Ostoberschlesien

Berlin, 10. Februar. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und der Deutsche Ostbund haben dem Reichskanzler folgendes Schreiben überreicht:

„Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erheben in Verbindung mit dem Deutschen Ostbund in größter Empörung schärfsten Einspruch gegen die jetzt wieder einsetzende Verfolgung und Ausweisung Deutscher aus Polen und gegen die ständige brutale Vergewaltigung der deutschen Minderheit in Polen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie erbitten dringend sofortige Gegenmaßnahmen zum Schutze der Deutschen und ihrer kulturellen Einrichtungen in Polen. Es darf nicht vergessen werden, daß bereits rund eine Million Deutscher aus Polen vertrieben sind und in grenzenloser Not im verkleinerten Deutschland ihr Dasein fristen. Die freie Tätigkeit auch der Reichsdeutschen in Polen muß gesichert sein, solange das Polentum in Deutschland sich frei betätigen darf. Ohne Niederlassungsrecht und ohne Verzicht auf Liquidationen darf kein Handelsvertrag mit Polen geschlossen werden."

Der Rechtsstreit um die Stickstoffwerke von Chorzow

Berlin, 11. Februar. Zu der Klage der Reichsregierung gegen Polen vor dem Haager Schiedsgericht in der Angelegenheit der Stickstoffwerke Chorzow wird halbamtlich mitgeteilt: Obwohl die Reichsregierung dem Wunsche der polnischen Regierung in den Verhandlungen, die nach der Weihnachtspause wieder aufgenommen worden waren und bis zum 14. Januar gedauert hatten, soweit entgegengekommen ist, wie es ihr nach Lage der Sache möglich erschien, dürfte es nicht gelungen sein, zu einer Einigung zu kommen, weil in der Frage der Zahlungsmodalitäten die polnische Regierung sich vollkommen ablehnend verhielt. Die deutsche Regierung glaubte schon aus praktischen Gründen eine geringe, aber gesicherte und in kürzerem Zeitraum zu zahlende Entschädigungssumme einer größeren ohne Sicherheit vorziehen zu müssen. Die polnische Regierung hat aber lediglich für die Verletzung der Patente der bayerischen Stickstoffwerke eine unzureichende Entschädigung angeboten, gegenüber den Ansprüchen der oberschlesischen Stickstoffwerke jedoch mit Forderungen gegen das Reich aufgerechnet, ein Standpunkt, der schon deshalb unhaltbar ist, weil die anerkannten polnischen Forderungen gegen Deutschland bekanntlich aus den Dawes-Annuitäten zu begleichen sind. Man muß außerdem bedenken, daß bei zulässigen Liquidationen der Wert des enteigneten Gegenstandes unmittelbar den geschädigten Privatpersonen auszuzahlen ist, so daß dieser Gesichtspunkt um so mehr bei Enteignungen maßgebend sein muß, die die polnische Regierung unter Verstoß gegen die Liquidationsbestimmungen vorgenommen hat. Es kommt hinzu, daß die polnische Regierung die in den Werken verkörperten Werte, die sie entschädigungslos im Jahre 1922 sich angeeignet hat, seit dieser Zeit wirtschaftlich und finanziell nutzt und daß daher von ihr verlangt werden kann, diese Werte endlich in sach- und sinngemäßer Weise zu bezahlen. Da die polnische Regierung sich aber gerade hinsichtlich der Zahlungsweise vollkommen ablehnend verhielt, konnte ihr ein neuer Protest vor dem Haager Schiedsgerichtshof nicht erspart bleiben.

Ja, ja, die nimmersatten Räuber!

Die Warschauer Presse zum Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

Warschau, 11. Februar. Die hiesige Presse schiebt in ihren Kommentaren zu dem plötzlichen Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen die ganze Schuld auf die neue deutsche Regierung. Der offiziöse „Messager-Polonais" erklärt, daß es zu keinem Bruch gekommen wäre, wenn die deutschen Nationalisten nicht mehr die Mehrheit in der Regierung hätten. Es handele sich hier nicht um die vier Ingenieure, sondern um den offensichtlichen Wunsch der deutschen Rechten nach einem Bruch mit Polen. Die Boulevard-Presse bezeichnet die Haltung Deutschlands in diesem Streit als politische Phantasterei. Die polnische Regierung hoffe jedoch, die Handelsvertragsverhandlungen wieder fortsetzen zu können und der polnische Delegierte Prondzynski habe Anweisung erhalten, sich auf jeden Fall zur Rückreise nach Berlin bereit zu halten.

Der polnische Versuch, die Schuld den veränderten Regierungsverhältnissen in Deutschland zuzuschieben, ist sehr durchsichtig.

Die Gehaltswünsche der Beamten

Die Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister verschoben

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Februar. Die Beamtengewerkschaften beabsichtigen, wie kürzlich berichtet, in diesen Tagen eine Aussprache mit dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Köhler herbeizuführen, um ihm die Wünsche der Beamten bezüglich der Neuregelung der Beamtenbesoldung darzulegen, mit der sich der Reichstag anläßlich der bevorstehenden Etatsberatung beschäftigen wird. Die Beamtengewerkschaften fordern, daß die zu Weihnachten gewährte Ausgleichszahlung bis zur endgültigen Neuregelung der Besoldungsverhandlungen weiter gewährt werden soll. Wie wir hören, ist die Besprechung mit dem Reichsfinanzminister verschoben worden und wird erst nach der am Mittwoch nächster Woche gehaltenen Etatsrede des Reichsfinanzministers stattfinden. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß der Reichsfinanzminister infolge der Uebernahme des Ministeriums gegenwärtig sehr stark mit Arbeiten überlastet ist. Uebrigens ist zu erwarten, daß der Reichsfinanzminister an der am Sonntag stattfindenden Tagung der Steuerbeamten, zu der er sein Erscheinen zugesagt hat, zu den schwebenden Beamtenfragen Stellung nehmen wird.

Wann wird Hamel abberufen?

Danzig, 10. Februar. Die Skandalaffäre um den Danziger Völkerbundskommissar von Hamel beschäftigt im steigenden Maße die Oeffentlichkeit und die Presse. Es herrscht nur eine Stimme der Empörung darüber, daß von Hamel, nachdem er sich in Danzig beispiellos kompromittiert hat, keinen Urlaub nachsucht. Noch mehr ist man darüber verwundert, daß der Völkerbund selbst nicht diesen Kommissar abberuft, zumal die Affäre, wie die Blätter sich ausdrücken, bereits zu einer Cause Celebre geworden ist. Man hat den Eindruck, daß Hamel trotz des gesellschaftlichen Boykottes, der nunmehr vollständig ist, seine Position unter allen Umständen verteidigen will, weil sie ihm jährlich 80000 Goldfranken einbringt. Die „Danziger Allgemeine Zeitung" bringt heute einen Artikel „Entweder — oder", in dem ein Eingreifen des Senats verlangt wird und in dem es u. a. heißt: „Was würde in früheren Zeiten geschehen sein, wenn der in einem Staat beglaubigte Vertreter eines fremden Reiches sich eine derartige Verfehlung hätte zuschulden kommen lassen, die in moralischer Hinsicht mit den Gesetzen des Landes, dessen Gast er ist, nicht vereinbar war? Er wäre ganz zweifellos abberufen worden und von seiner Regierung zur Verantwortung gezogen. Wie viel mehr müßte das im vorliegenden Fall geschehen, wo es sich nicht um einen Gesandten, sondern um einen Schiedsrichter handelt, der von höherer Instanz in Danzig eingesetzt war, um Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen durch seinen Spruch zu beseitigen. Danzig kann den Vorgang, wenn er nicht völlig zugunsten des in seiner Ehre Gekränkten entschieden wird, nur als eine der schwersten Beleidigungen gegen sich selbst empfinden. Interessant wäre es auch zu erfahren, wie sich der holländische Staat, dem dieser Vertreter des Völkerbundes entnommen ist, zu der Angelegenheit stellt und ob er dessen Verbleiben in Danzig gutheißt.

Litauisch-polnisches Grenzgefecht

Berlin, 11. Februar. Die Abendblätter berichten aus Warschau: An der polnisch-litauischen Grenze haben polnische Soldaten auf einen litauischen Grenzbeamten geschossen, der angeblich die Grenze überschritten und sich auf polnischem Gebiet befunden haben soll. Daraufhin eilten andere litauische Grenzbeamte herbei und eröffneten gegen die polnische Militärabteilung ein Feuergefecht, das damit endete, daß die polnischen Soldaten flohen und die Litauer ihren verwundeten Kameraden befreiten.

Vor einem Staatsstreich in Jugoslawien?

Belgrad, 10. Februar. Die politischen Zustände in Jugoslawien treiben anscheinend einer neuen Krise entgegen. Die Schwäche des neuen Kabinetts Uzunowitsch ist so groß, daß jeder beliebige Anstoß es leicht hinwegfegen kann und die Parteiverhältnisse sind so zerklüftet, daß eine sichere Mehrheitsbildung kaum möglich erscheint. Die nationalen Gegensätze zwischen Serben, Kroaten und Slowenen haben sich in letzter Zeit womöglich noch mehr verschärft. Jede der größeren Parteien hofft, jetzt durch Neuwahlen entscheidende Erfolge erringen zu können. Infolgedessen wird sehr viel von der Auflösung der Skupschina gesprochen. Doch taucht immer mehr der Gedanke auf und wird auch von einflußreichen Kreisen in Belgrad vertreten, ob es nicht besser wäre, nach erfolgter Auflösung des Parlaments eine unparlamentarische, stark militärisch durchsetzte und im übrigen aus Fachleuten bestehende Regierung zu bilden, d. h. mit anderen Worten, einen Staatsstreich gegen den Parlamentarismus herbeizuführen. Diese Mißstimmung wird durch eine wachsende Parlamentsmüdigkeit der Bevölkerung genährt, die auf das schwerste unter den Folgen der bisherigen Parteiwirtschaft und unter dem wirtschaftlichen Elend zu leiden hat. Welche Lösung dieser kaum haltbare Zustand finden wird, steht dahin, daß aber die nächste Zeit stürmische Ereignisse in Jugoslawien bringen dürfte, ist anzunehmen.

Gefährdung des Kabinetts Poincaré durch die Wahlreform?

Paris, 10. Febr. Das französische Kabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung wiederum mit der Wahlreform. Ueber die Ausführungen des Innenministers zu diesem Thema entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, die jedoch zu keinem Ergebnis führte und am kommenden Sonnabend fortgesetzt werden soll. Diese Tatsache wird von der Presse allgemein dahin kommentiert, daß ernsthafte innerpolitische Schwierigkeiten innerhalb des Kabinetts auftreten. Während die Linkspresse die Rechte dadurch einzuschüchtern versucht, daß sie auf die Vorteile der gegenwärtigen Koalition hinweist, betont umgekehrt die Rechtspresse, daß das Reformprogramm für die Parteien der Rechten nur schwer erträglich sei. Charakteristisch hierfür ist die Stimme des „Temps", der der Regierung den Vorwurf macht, daß sie sich für eine Wahlreform einsetze, die von den Radikalen auf ihrem letzten Parteikongreß verlangt worden sei. Die Regierungsmehrheit ginge damit einem Verfall entgegen, und zwar zugunsten der Sozialisten.

Annahme des Washingtoner Arbeitszeitabkommens im französischen Senat

Paris, 10. Febr. Der Senat hat heute das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag mit 279 gegen 1 Stimme angenommen, und zwar mit dem Vorbehalt, daß das Abkommen für Frankreich erst nach der Ratifizierung durch Deutschland und England in Kraft tritte. Der Berichterstatter entwickelte die Ansicht, daß weder die Initiative der Völker noch die der Regierungen allein zur Erzielung eines sozialen Fortschrittes genüge, wenn nicht vorher eine internationale Organisation der Arbeit vorgenommen werde. Im Laufe der Debatte sprachen sich mehrere Redner für ein internationales Abkommen über die Arbeit aus.

Eine neutrale Völkerbundszone um Schanghai?

Genf, 11. Februar. Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, soll die Verständigung zwischen England und Kanton bereits abgeschlossen sein. Es verlautet ferner, daß in Londoner maßgebenden Kreisen der Gedanke der Schaffung einer neutralen Zone um Schanghai unter Aufsicht des Völkerbundes, ähnlich wie es gegenwärtig bei Danzig der Fall ist, eingehend geprüft wird.

Der Weg aus der Nacht

46] **Preisgekrönter Roman von Edmund Kiß.**

Die rechnende Vernunft des Sanitätsrats hatte gesiegt. Es ließ sich alles natürlich erklären. Hier nahm ich Abschied von Vergangenem und Totem. Mein Weg war durch Nacht gegangen, doch hatte ich den Morgen gefunden, der wohl unfreundlich und kalt war, aber neue lebenswerte Ziele erkennen ließ, die ich den Toten dankte.

Ganz vergeblich war mein Weg also nicht gewesen.

Es knackte im Stangenholz.

Der Kapitale zog nicht weit von mir durch die Lichtung; doch sein Rücken war leer und trug kein liebliches Kind zum Bache, wie damals zur Sommerszeit!

Er äugte mich furchtlos mit hellen, neugierigen Lichtern an, als erkenne er mich wieder und wisse, daß es nur der arme Wirrkopf Fritz Blohm sei, der da stände und nicht auf ihn schießen würde.

Er wendete den schönen Kopf und tauchte mit stolzen, langsamen Bewegungen ins Tannendickicht jenseits des Weges.

Ein Schluchzen wollte mir in die Kehle steigen, aber ich war hart geworden und lachte, um der Anwandlung Herr zu werden.

Dumpfes, trostloses Schweigen lastete in den weiten, wintergrauen Zimmern des Hauses Rosenfelde. Meine Schwiegereltern sprachen fast nichts mehr. Auch ich war ganz still geworden. Hanna hatte die Besinnung verloren und kämpfte mit dem Tode. Der Arzt wich nur selten von ihrem Bett. Der kleine Neugeborene wurde von einer Amme in ihre Hut genommen und lag fest unbeachtet in einer Ecke seinem Bettchen, winzig, rosig und unbekümmert um Vergangenheit und Zukunft.

Ich schaute ihm stundenlang ins kleine runde Gesicht und studierte seine unklaren Züge. Siegfried und Käte saßen still und bedrückt neben mir.

Ein Vater sieht immer gerne nach, wem sein Sprößling ähnlich sieht, ihm oder der Mutter. Ich konnte nicht daraus klug werden und gab es auf. Eines Nachts kam der Arzt zu mir ins Nebenzimmer, wo ich wach in einem Sessel saß und lauschte.

„Ich fürchte, es geht zu Ende," sagte er leise.

Ich stand auf. „Wird sie mich erkennen, wenn ich an ihr Bett gehe?" fragte ich.

„Nein, es ist jetzt nicht mehr möglich, daß sie Sie erkennt, Herr Blohm," erwiderte der andere. „Wenn Sie also wollen. Ich werde inzwischen hier bleiben; ich habe ja nur wenige Schritte bis zum Bett Ihrer Frau Gemahlin. Seien Sie gefaßt."

Ich machte eine müde Handbewegung.

„Ich verstehe," sagte ich und ging zu meiner Frau.

Sie lag still mit wachsbleichem Gesicht in den Kissen, die schönen Wangen waren eingefallen und die Augen geschlossen. Ich merkte, daß der Arzt mich nur hatte schonen wollen. Es war wohl schon vorbei.

Vorsichtig setzte ich mich auf einen Stuhl, ohne ihr Lager zu berühren. Gerne hätte ich noch einmal den schönen stolzen Mund geküßt, der mir Liebes und Leides in undenkbarer Fülle gegeben hatte.

Aber ich bezwang mich und wendete die Augen ab, um der Versuchung nicht zu unterliegen.

Sie hatte sich vor mir gefürchtet, als ich lebte, und so wollte ich ihr im Tode kein Leid antun.

So saß ich lange, vielleicht Minuten, vielleicht Stunden.

Die Stille rauschte um mich und die Verlassenheit. Noch einmal dachte ich an meinen toten Freund.

„Jetzt hast du deine Frau wieder, Peter," sagte ich leise. „Deine Schwester hat mich verlassen."

„Fritz!" hörte ich eine hauchleise Stimme rufen.

Ich horchte auf. Ich ließ die Freude nicht ein, so sehr sie drängte.

„Maria?" fragte ich zweifelnd. — Wo kam die Stimme her?

„Nein, Fritz, ich bin es, deine Hanna."

Ich erstarrte.

Zwei kühle zarte Hände schienen mein Herz zu umfassen, das laut zu klopfen begann und gleich wieder still wurde. Wie war das möglich? Hatte mich Maria nicht eben gerufen?

„Hanna — Maria," stotterte ich fassungslos. „Hanna, du?"

Meine Frau hatte die Augen geöffnet und sah mich mit einem guten, liebevollen Blick an.

„Wie schön ist das, daß du bei mir bist, Fritz," kam es leise von ihren Lippen. „Ich bin wohl sehr krank gewesen?"

„Still — still, du Liebe!" bat ich voller Angst.

„Du, meine Füße sind so kalt," fuhr sie kaum hörbar fort. „Du hast warme Hände, Fritz. Tu' mir die Liebe, ja? Du weißt es schon. Ich bin so müde."

Ich wußte es!

O Maria! dachte ich. Wie oft habe ich deine kleinen Füße in meinen Händen gehalten. Warum sollte ich es heute nicht tun?

Vorsichtig legte ich sie in meine Hände und senkte den Kopf auf Hannas Knie. Kühl rann es mir durch die Rade wie ein erfrischender Bergquell, und doch war diese Kühle nicht die einer Toten.

„Friert du noch?" fragte ich.

Sie legte ihre mageren lieben Hände auf meinen Kopf, wie es Maria immer getan hatte, zart und leise wie sie.

„Jetzt nicht mehr," sagte sie. „Nun will ich schlafen. Bleibe aber bei mir, Fritz, und gehe nicht wieder fort. Ich bin müde, denn ich habe so weit wandern müssen, über die holprige verwehte Bahnstrecke und durch den dunklen Wald bis nach Rosenfelde, ich weiß nicht warum, und der Sturm war so eisig und der Schnee . . ."

„Ich ahnte dich und bin hinter dir her gegangen," sagte ich. „Sonst hätte ich den Weg nie gefunden!"

Die Tränen drangen mir in die Augen. Wie undankbar war ich gewesen, daß ich Marias Worten nicht geglaubt hatte!

Nun war die Nacht vorüber und die lange schwere Wanderung. Der Morgen war gekommen, ehe ich es geahnt!

Ich weinte und lachte zugleich, weil ich nun zwei Frauen haben würde, ohne daß es jemand wußte. Dies aber würde ich niemandem erzählen! Peter Laas —!

„Hanna — Maria!" sagte ich ganz leise und hoffte, sie werde mich nicht hören.

„Ach Fritz, nun willst du mich eifersüchtig machen mit deiner toten Maria Laas," flüsterte sie. „Das kannst du aber nicht mehr. Halte jetzt den Mund, Fritz, damit ich schlafen kann. Ich will doch wieder deine gesunde Frau werden."

Ich hörte ihren Atem gehen, leicht und ruhig, wie den eines Kindes.

— Ende.

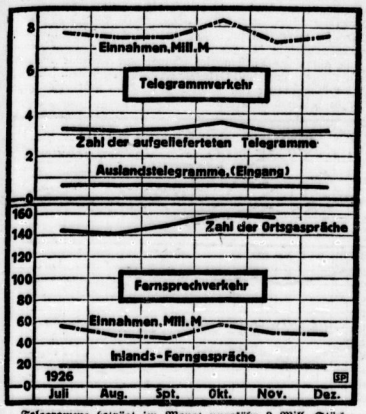
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702122-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 12. Februar.

Der Telegramm- und Fernsprechverkehr

Das Statistische Büro des Reichspostministeriums veröffentlicht seit dem Juli vorigen Jahres die Hauptergebnisse der Statistik des Postverkehrs. Aus dieser Statistik sind in den nachstehenden Schaubildern die hauptsächlichsten Zahlen aus dem Telegramm- und Fernsprechverkehr dargestellt. Die Zahl der im ganzen Reichsgebiet aufgelieferten



Telegramme beträgt im Monat ungefähr 3 Mill. Stück, d. h. es werden täglich etwa 100 000 Telegramme aufgegeben. Von diesen Telegrammen geht ungefähr ½ in das Ausland und nach dem Saargebiet, ungefähr die gleiche Anzahl, d. h. um 680 000 Telegramme im Monat kommen aus dem Auslande und dem Saargebiet. Die Gesamteinnahmen aus dem Telegrammverkehr liegen zwischen 7½ und 8½ Mark im Monat. Die Schwankungen dieser Zahlen sind nicht sehr erheblich, eine beachtenswerte Steigerung zeigt lediglich der Oktober.

Im Fernsprechverkehr ergeben sich

monatlich etwa 150 Mill. Ortsgespräche,

dazu kommen noch 2½ bis 3 Mill. Vorort- und Bezirksgespräche. Sehr beachtlich ist die Zahl der Inland-Ferngespräche, die mit monatlich rund 18 000 bis 20 000 erheblich mehr als ein Zehntel, nämlich 12 bis 13 Prozent des gesamten Fernsprechverkehrs ausmachen. Die Ferngespräche mit dem Ausland (rund 180 000) im Monat treten demgegenüber natürlich stark zurück.

Die gesamten Einnahmen der Post aus dem Fernsprechverkehr liegen um rund 50 Mill. Mark im Monat. **Sp.**

Ein eigenartiger Fall

Der Kaufmann M. hatte vor ungefähr 20 Jahren mit seinen Betrügereien begonnen und war auch schon dreimal mit den Gesetzen in Konflikt gekommen, als Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit auftauchten. Der begutachtende Arzt erklärte ihn für chronisch geisteskrank, und der Oberarzt einer großen Heilanstalt bestätigte das Urteil.

Ja, sein Zustand war ein derartiger, daß er schließlich in eine Irrenanstalt gesteckt wurde. Zehn Jahre hat er dort zugebracht. Natürlich wurde er entmündigt und ist es heute noch. 1921 wurde er entlassen. Er wandte sich nach Halle und war hier mit seinem Bruder als Kaufmann tätig. Aeußerlich war ihm nichts anzumerken. Aber der Sparren, den er einmal mit sich herumtrug, verleugnete sich nicht. Er fühlte sich einmal zu etwas Größerem geboren. Es währte gar nicht lange, und dieser — unausstehbare — Größenwahn trieb von neuem seine Blüten. Zwar handelte er nur mit Gummisohlen und -absätzen, die er seinen Kunden eigenhändig zutrug. Auf seinen Briefbogen jedoch trat er als Großkaufmann mit dem nötigen Drum und Dran auf und beschwindelte, wen er nur beschwindeln konnte. Und er fand auch Leute, die dem „Großkaufmann" bereitwilligst die gewünschten Waren zuschickten.

Gestern hatte er sich wieder wegen der letzten Betrügereien zu verantworten. Ob alle bekannt geworden sind, ist sehr zu bezweifeln. Entgegen dem auf praktische Erfahrung sich stützenden Gutachten des Nervenarztes — 10 Jahre lang pflegt man doch in heutiger Zeit niemanden grundlos hinter Anstaltsmauern zurückzuhalten — kam der Gerichtsarzt zu dem Schluß: der Mann ist für sein Tun vollkommen verantwortlich zu machen. Daraufhin verurteilte ihn das Gericht zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Für diesen Entmündigten wäre wohl eine Rückkehr in die Anstalt das Beste, da bestimmt anzunehmen ist, daß seine geistige Verfassung ihn doch nur von einem Gefängnis ins andere bringen wird.

Das 16. Sinfonie-Konzert des Halleschen Sinfonieorchesters

im Zoo stand im Zeichen der Neuromantik und brachte neben dem E-Moll-Klavierkonzert von Fr. Chopin Werke der zwei musikalisch verwandten Meister Robert Volkmann und Schumann. Von ersterem hörte man die großartig angelegte Ouvertüre zu „Richard III" und die dritte der 3 Serenaden für Streichorchester mit dem Cello-Solo, die allerdings doch schon ein wenig vom Staub der Zeit bedeckt scheint und nicht mehr auf die Dauer zu fesseln vermag. Den Ausklang bildete die unvergängliche Vierte Schumanns, die — ursprünglich an 2. Stelle als „Sinfonische Fantasie" entstanden, später an 4. Stelle als „Sinfonie" umgearbeitet — in ihrer Knappheit und Einheitlichkeit wohl als die reifste und zugleich ursprünglichste anzusehen ist.

Das Orchester hielt sich unter der anfeuernden Leitung seines Dirigenten Benno Platz so tapfer, wie es seine Beschaffenheit zuläßt. Daß die Sinfonie natürlich nicht erschöpft werden konnte, wird der Dirigent selbst wissen. Am besten gelangen der erste und zweite Satz, während die Poesie des wundervollen Scherzo-Trios und des 2. Themas des Finales in keiner Weise erschöpft wurde. Im allgemeinen sollte auch auf die zweiten Violinen ein besonderes Augenmerk gerichtet werden, die bei lebhaften Figuren einen Mangel an technischer Fertigkeit aufwiesen und thematisch kaum hervortraten.

Für das herrliche Klavierkonzert Chopins war Hanna Ahrens gewonnen. Die junge, temperamentvolle Künstlerin spielte das Werk mit feinstem Empfinden für die Ornamentik und das rubato des Komponisten, meisterte die Schwierigkeiten mit erstaunlicher Gewandtheit und wurde auch der Poesie des Werkes dank ihres starken musikalischen Empfindens und der lockeren, abgerundeten Anschlagstechnik voll gerecht; lediglich im fortissimo hätte man ein wenig mehr Kraft und Wucht gewünscht, wenn auch eine Vertreterin des „schwachen" Geschlechts am Flügel saß.

Mit Recht wurde sie durch lebhaften Beifall gefeiert, ebenso wie der Dirigent mit seinem Orchester von den zahlreich erschienenen Zuhörern mit dankbarem Beifall bedacht wurde. **Dr. F.**

— **Werkstarif.** Die vaterländische Arbeiterbewegung, zusammengeschlossen im Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, e. V., die den Leistungslohn erstrebt auf der Grundlage von Werkstarifen (Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Werkes) hat auf der Halleschen Zuckerraffinerie einen neuen Werkstarif abgeschlossen. Ein großer Teil der Belegschaft ist im Vaterländischen Arbeiterverein Halle zusammengefaßt und ist als Werksgemeinschaft die stärkste Organisation unter der Werksbelegschaft, die auch den gesamten Betriebsrat stellt. Am Donnerstag, dem 10. Februar, fanden Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Vertreter der Werksgemeinschaft und dem Betriebsrat statt mit dem Ergebnis, daß der Grundlohn allgemein um 5 Pfennig die Stunde und die Akkordsätze möglichst gerecht ausgeglichen wurden, wobei weitere Verbesserungen für gute Leistungen erzielt wurden. Dieses, auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens erzielte Ergebnis ist umsomehr zu begrüßen, da hierdurch der Beweis erbracht wird, daß eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und -nehmer wohl möglich ist bei Vermeidung von Kämpfen, die der schwer erschütterten Wirtschaft und besonders der Arbeiterschaft den größten Schaden beizufügen.

— **Ein Schutzpolizeibeamter,** der am Donnerstag mit einem Kommando von 35 Mann aus Allenstein nach Halle gekommen war, ging in den Abendstunden des gleichen Tages zum Schwimmen in das Stadtbad. Dort wurde er beim Betreten des Bassins vom Herzschlag getroffen und war sofort tot.

— **Walhalla-Theater.** Am Montag abend gegen ½10 Uhr wird der in Halle bekannte Fallschirm-Pilot H. Meisterknecht zu dem Auto-Ueberholungs-Rennen in der Luft, welches mit großem Erfolg im Walhalla-Theater stattfindet, starten. Schon am Sonntag in der Zeit von 2½—3½ Uhr nachmittags wird sein neues, erst vor einigen Wochen eingetroffenes Flugzeug D. 824 mit 80 P. S. luftgekühltem Siemens-Sternmotor unter Führung des Kunstfliegers Ing. H. Heinze über dem Walhalla-Theater und der nächsten Umgegend Reklameflüge für die Veranstaltung ausführen.

Turnen u. Sport

Vom Halleschen Boxsport

Erich Boer (Wacker-Halle) war am Montag einem Rufe nach Berlin gefolgt und stand beim nationalen Box-Abend von Maccabi-Berlin dem bekannten Berliner, jetzigen Federgewichtler Fuchs (Maccabi) gegenüber. Boer wurde wieder wegen unfairen Schlagens zweimal verwarnt und verlor auf diese Weise trotz besseren Könnens den Kampf nach Punkten. Boer genießt beim Berliner Publikum große Sympathie und erhielt bei seinem Erscheinen sowohl wie beim Abgang größten Beifall.

In Halle wird der nächste Amateur-Boxabend der des H. F. C. Wacker am 7. März d. J. sein. Wacker hat bereits wieder drei erstklassige Berliner vom Boxklub „Herös" verpflichtet. Ein interessanter Abend steht in Erwartung.

Begriff des Sportsmannes

Auf dem letzten Internationalen Olympischen Kongreß wurde Reverend de Courch-Laffan damit betraut, den Begriff des Sportsmannes zu formen. — Reverend de Courch-Laffan, das englische Mitglied des J. O. C., seit 1897 dem Komitee angehörend, ist jetzt im Alter von 74 Jahren verschieden. — De Courch-Laffan fand für die Formulierung des Begriffs des Sportsmannes folgende Sätze:

Bist du ein Sportsmann? Bedenke:

Als Spieler: 1. Spielst du um des Spieles willen? 2. Spielst du für deine Mannschaft und nicht für dich selbst? 3. Befolgst du die Weisungen deines Spielführers, ohne zu fragen oder zu mäkeln? 4. Nimmst du die Entscheidungen des Schiedsrichters bedingungslos hin? 5. Gewinnst du, ohne zu protzen, und verlierst du, ohne zu schimpfen? 6. Wärst du bereit, eher zu verlieren, als etwas zu tun, was nicht ganz sicher anständig ist? — Dann bist du auf dem Wege, ein Sportsmann zu werden.

Als Zuschauer: 1. Wehrst du dich, gutes Spiel deines Gegners zu beklatschen? 2. Schimpft du auf den Schiedsrichter, wenn er eine Entscheidung fällt, die dir nicht behagt? 3. Willst du haben, daß deine Mannschaft siegt, wenn sie es nicht verdient? 4. Streitest du dich mit den Zuschauern, wenn sie zur anderen Mannschaft halten? — Dann bist du kein Sportsmann! Versuche einer zu werden!

Die Sportarztfrage vor dem Reichstag

Der Reichsausschuß zur Förderung der Leibesübungen wird sich in seiner nächsten Sitzung mit sportärztlichen Fragen beschäftigen. Für den März ist ein Besuch der Bundesschule der Arbeiterturner in Leipzig vorgesehen, für den Mai eine Rundfahrt durch das Reich zur Besichtigung von Jugendherbergen.

Die Arlberg-Skikurse

Die deutschen Arlberg-Kurse der Skischule Hannes Schneider in St. Anton am Arlberg sind derart stark besetzt, daß es vor dem 20. März 1927 nicht mehr möglich ist, weitere Teilnehmer an diesen Kursen unterzubringen oder zu unterrichten.

Ab 20. März folgen 2 Wochenkurse, auch Anfängern zugänglich; ab 3. April laufen noch 4 Wochen lang Tourenkurse, an welchen sich aber nur geübtere Läufer (Läuferinnen) beteiligen wollen.

Das Mairennen des Ski-Club Arlberg am 1. Mai in St. Christof bildet den Schluß dieser Winterssaison.

Die endgültigen Termine der Olympischen Spiele 1928 in Amsterdam sind in der Versammlung des Ortsausschusses des J. O. C. nunmehr folgendermaßen festgestellt worden: vom 17. bis 26. Mai Hockeyrunde, vom 27. Mai bis 15. Juni Fußballrunde, vom 28. Juli bis 12. August Hauptteil der Spiele; feierliche Eröffnung am 28. Juli.

Die Deutschen Tennismeisterschaften der Junioren werden voraussichtlich am 2.—3. Juli vom Thüringer Tennisverband in Erfurt zum Austrag gebracht.

Die Englischen Tennismeisterschaften auf Hartplätzen kommen in der Zeit vom 25.—30. April in Bournemouth zum Austrag.

An den Schweizer Hallentennismeisterschaften, die am 14. Februar in St. Moritz beginnen, werden auch deutsche Spieler, u. a. Dr. Schomburgk, Demasius, Frau v. Reznicek, teilnehmen.

Das Tragen des Deutschen Turn- und Sportabzeichens ist durch eine Verordnung des Reichswehrministeriums bei der Reichswehr außer Dienst zur Uniform ausdrücklich erlaubt worden. Die Heeresleitung knüpft daran die Bedingung, daß der Inhaber neun Monate Soldat und in einwandfreier Führung sein muß. Die Reichswehr schließt sich damit der Landespolizei an, in der das Tragen des Abzeichens gleichfalls amtlich erlaubt ist.

Elly läuft Schneeschuh

Von **Peter May.**

„Du, Peter? Welchen Sport hältst du eigentlich für den gesündesten?"

„Welchen . . .? Ja, das ist nicht so leicht zu beantworten."

„Ich meine nur so . . ."

Hätte ich mich doch bloß nicht auf die „Ich meine nur so" eingelassen! Hätte ich doch geantwortet Tennis oder Baseball! Das ist beides im Winter ungefährlich. Meinetwegen auch Schwimmen! Aber ich sagte: „Ich weiß es wirklich nicht, Elly", und wie sie fragte: „Ist es wohl möglich, daß man für 25 Mark das Schneeschuhlaufen erlernen kann?", antwortete ich: „Ausgeschlossen."

„Bitte, dann lies einmal dies Inserat!"

Wirklich und wahrhaftig, da inseriere ein Mensch, daß er für 25 Mark jedem das Skiern beibringen wolle.

„Das halte ich für den schönsten Sport, Peter. Und wenn du mir einen kleinen Wunsch zum Geburtstage erfüllen willst."

„Meinetwegen."

„O wie lieb du bist!"

Das war mein ganzes Gespräch mit Elisabeth über den Wintersport. Wer konnte damals ahnen! Aber ich brauche ja nur die kleine Geschichte, ohne auszuschmücken, weiter zu erzählen. Acht Tage später: „Willst du dir die Bretter mal ansehen, Peter?"

„Welche Bretter denn?"

„Aber Peter, die Schneeschuh!" Elly hatte sich ein Paar Skier gekauft, echte Norweger. „Es ist wegen des Telemark, weißt du!" erklärte sie mir mit roten Backen. „O wie glücklich ich bin." Die Schneeschuh kosteten 48,50 Mark. Das sollte angeblich preiswert sein, beinahe Inventurausverkaufspreis. „Nun brauche ich nur noch ein paar Kleinigkeiten", erklärte Elly. Die Kleinigkeiten bestanden aus einem fabelhaft modernen Schleanzug (mit Hosen!), einem Paar prachtvoller Stiefel, die allein 50 Mark kosteten, einem Pullover, der bunt war wie eine ägyptische Königsmumie, einer entzückenden Samtmütze und bunten Strümpfen.

„Und so willst du dich in den Straßen zeigen, Kind?"

„In den Straßen?" echote Elly. „Bei unserem Matschschnee? Du wünschest wohl, daß ich mich vor den Leuten blamiere. Und außerdem kannst du nicht verlangen, daß der Sportlehrer hierherkommt für 25 Mark. Wirklich, du bist naiv."

„Ja, wo willst du denn laufen?"

„In den Bergen. Ich habe mit Carla ein nettes Zimmer im Hanz bestellt. Ist das nicht reizend? Und weißt du, wenn du recht fleißig bist, lieber Peter, und mal müde, dann kommst du am Wochenende nach. Es fahren jetzt so billige Sportzüge."

Also, Elly reiste mit Carla los. Weil es Glatteis gab, mußte ich ihr ein Auto nehmen. Zum Bahnhof. Dann hatte ich daheim Ruhe. Ruhe und konnte arbeiten. Nach fünf Tagen schrieb mir Elly den ersten Brief, das fand ich nett, daß sie mich über dem Sport nicht ganz vergaß. Sie berichtete glücklich, daß sie die Nummer 36 bekommen habe, die auf dem Pullover aufgenäht sei. „Denke nur, Peter, Carla kann richtig nähen, so mit einer Nadel und einem Faden drin. Das hätte ich ihr niemals zugetraut." Im übrigen hätte die erste Unterrichtsstunde im Saal stattgefunden, weil der Schnee hackte. Ich wußte nicht, weshalb und wieso der Schnee hackte. Man kann sich nicht um alles Gedanken machen. Das muß ich aber zugeben, Elly hielt mich auf dem Laufenden. Es kogelte in allen ihren Briefen nur so von Fachausdrücken. Schneedecke verharscht. Kristiania theoretisch begriffen. Dann hieß es, Südwestwinde drohten. Dann: die Witterung würde lieblich, aber man warte allgemein auf Frost. In acht Tagen erwarte sie mich bestimmt. Bei dem ständigen Regen würde es ein wenig langweilig, zumal keine guten Tänzer im Kurhaus wären. Tänzer? Was war das wieder?

Kurz entschlossen reiste ich am Wochenende los. Der billige Sportzug fiel aus, wegen mangelnder Beteiligung, hieß es. So mußte ich bis Halberstadt D-Zug nehmen. Im Geiste sah ich Elly schon über die große Sprungschanze sausen, einen siegbaften Schrei auf den Lippen. Und weiß Gott, ich gönnte ihr das harmlose Vergnügen.

Unerwartet traf ich abends am Bestimmungsorte ein. Als ich einen Einheimischen fragte, wo denn der Schnee wäre, verträtzte er mich freundlich und meinte, auf dem Broken habe er ein übrigens noch gehalten. Aber der Winter wäre noch nicht vorbei. Im Kurhaus fragte ich gleich nach Nummer 36. „Wird eben vorgestellt" erklärte der freundliche Oberkellner. „Hat gute Chancen!"

Am überfüllten Kurhaussaal, in dem es von Balltoiletten und Smokings wimmelte, entdeckte ich Elly schließlich auf dem Konzertpodium. Ein halbes Dutzend Herren musterten sie in geradezu beleidigender Weise und schien über irgend etwas Ernstes zu Lerätschlagen.

Gerade als ich mich bis zum Podium durchgekämpft hatte, blies eine Jazzband einen infernalischen Tusch. Einer der besmokingten Herren überreichte Elly eine Flasche Sekt und drückte ihr eine Papiermachékrone auf den blonden Bubikopf.

„Peter!" Elly hatte mich entdeckt und flog mit einem Jubelschrei in meine Arme. „Ich habe den ersten Preis in der Schönheitskonkurrenz. Was sagst du jetzt? — und Carla ist nur fünfte!"

„Himmeldonnerwetter!" sagte ich. „Ich denke, du bist zum Schneeschuhlaufen in die Berge gefahren, und nun habt ihr nicht mal Schnee hier."

Elly war ein wenig erbost. „Du mußt auch nicht zu viel vom Winter verlangen, Peter!" sagte sie. „Und eine Flasche Sekt habe ich auch geschenkt bekommen."

„Und wo ist der Sportlehrer, Elly?"

„Ach, der ist vor vierzehn Tagen ins Allgäu gefahren. Er hat erklärt, hier würde es ja doch nicht mehr schneien."

Die neue Expedition Sven Hedins

Das für die Forschungsgeschichte Zentral-Asiens wichtige neue Unternehmen des schwedischen Forschers Dr. Sven Hedin tritt bereits diesen Monat in Wirksamkeit.

Laut einer in Stockholm eingetroffenen Drahtmeldung bricht die groß angelegte Expedition im Februar von der Stadt Patouchen aus, die am Gelben Fluß, etwa 575 Kilometer westlich von Peking, liegt, auf. Von dort begibt sie sich westwärts durch die südliche Mongolei und die Gobiwüste nach Hami in Turkestan, von wo die Reise zur Hauptstraße Urumtsi im chinesischen Turkestan geht. Als Beförderungsmittel kommen Kamele zur Anwendung, da Hedin der Ansicht sein soll, daß Automobile kein genügend zuverlässiges Hilfsmittel in der Wüste sind. Die Expedition ist auf zwei Jahre berechnet.

In den Kreisen der Wissenschaft setzt man auf das Unternehmen, das mit einem großen Stab wissenschaftlicher Teilnehmer arbeiten wird, große Erwartungen. Besonders handelt es sich um archäologische und ethnographische Forschungen, denn da die unlängst in China ausgeführten Forschungen des schwedischen Professors Gunnar Andersson bei Ausgrabungen Material zutage gefördert haben, das in bisher völlig dunkle Abschnitte im Leben des alten China Licht brachte, dürften die Hedinschen Forschungen auch in anderen Gebieten dieses Landes Funde bringen, die Licht auf eine bisher unbekannte Bronze- und Steinzeit werfen. Weder in Turkestan noch in der Mongolei sind bis jetzt in alten Gräbern, Wohnplätzen und Burgresten Ausgrabungen vorgenommen worden.

Daß von Hedin auch wieder kartographische Aufnahmen der bereisten Strecken, soweit sie unbekannt sind, zu erwarten stehen, ist zweifellos. In der Herstellung solcher Karten ist er bekanntlich Meister. Die geologischen Forschungen werden ebenfalls einen breiten Raum einnehmen. An diesen beteiligen sich auf Veranlassung Chinas auch zwei chinesische Geologen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702122-13/fragment/page=0003

Reiseverkehr und Reisebüros

Die Hauptversammlung der Vereinigung Deutsch er Reisebüros — Ihr Ziel, Auf- und Ausbau

Berlin, 11. Februar. Eine interessante Gesellschaft füllte kürzlich den Festsaal der Industrie- und Handelskammer. Versammelt waren die Leiter der verschiedenen Reisebüros, der Schiffahrtsgesellschaften usw. Männer, denen man die Weiterfahrung, Tatkraft, Menschenkenntnis ansah. Die ganze Art der Versammlung verriet Organisationstalent. Die Ausführungen zeigten ruhige Sachlichkeit, Können. Sie boten eine Fülle von Material, einen Einblick in die vielgestaltige Welt des Verkehrs, Reiseverkehrs, Fremdenverkehrs. Zeitgemäß sprach Hert Schmidt-Rex von der Luft-Hansa über die

Probleme des Luftverkehrs.

Organisatorisch und politisch ist man im vergangenen Jahre bei der deutschen Handelsluftfahrt zu einem gewissen Abschluß gelangt. Aus den bestehenden Gesellschaften ist die deutsche Einheitsverkehrs-Gesellschaft, die Deutsche Luft-Hansa, hervorgegangen. Die Fesseln des Londoner Ultimatums sind durch die Pariser Vereinbarungen vom deutschen Luftverkehr und von der deutschen Verkehrsflugzeugbau-Industrie genommen. Nun kann der Gedanke der Handelsluftfahrt in Deutschland mit Energie gefördert werden. Gestützt auf die Gesamtheit aller deutschen Flugzeugbaufirmen, führt die Luft-Hansa in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den Luftverkehrs-Gesellschaften aller Nachbarländer einen Verkehr durch, der sich die Achtung des Auslandes erworben hat. Natürlich bleiben, wie es bei der Jugend des neuen Verkehrsmittels erklärlich ist, noch die verschiedensten Probleme zu lösen: Internationale Organisation und Vereinheitlichung, flugtechnische Probleme, z. B. Erhöhung der Schnelligkeit unter Beibehaltung der Nutzlast, Fragen des Instrumentenwesens im Kampf des Flugzeuges gegen Nacht und Nebel. Schließlich Anpassung der Tarife an die Erfordernisse der Wirtschaft.

Direktor Kolanowski vom Berliner Fremdenverkehrsbüro behandelte das ganze Problem des „Reisebürowesens". Die historische Entwicklung des Reisebüros war Fundament seiner Ausführungen: Das Reisebürowesen und seine Entwicklung hängt — naturgemäß — eng zusammen mit der Entwicklung des Reisens, die wieder abhängig sei vom Wachsen des Verkehrs. England sei der Meister des Reisens. Englands Ausdehnung über so viele Erdteile habe es mit sich gebracht, daß die Engländer zum Reisen nach ihren oft weit entfernten Besitzungen gezwungen waren. So sei es erklärlich, daß England auch die ersten Anfänge der Reisebüroeinrichtung zeige.

Deutschlands erste Reisebüros verknüpften sich mit dem Namen Stangen (1868).

Dieses Stangen-Büro habe Vergnügungsreisenden die Fahrt ins Ausland erleichtert, habe Gesellschaftsreisen veranstaltet. Der nächste Schritt der Entwicklung sei der gewesen, daß die Reisebüros auch dem Einzelreisenden wesentliche Vorteile verschaffen. So sei Auf- und Ausbau der Reisebüros mit Schnelligkeit weitergegangen. Die Büros hatten eigene Fahrscheine aufgelegt, die wegen ihrer längeren Dauer als die amtlichen Fahrkarten und wegen der Möglichkeit häufigerer Unterbrechung stark begehrt waren. Die Zahl der Büros wäre größer und größer geworden.

Nach dem Kriege habe die Entwicklung neu begonnen, in neuen Bahnen, aber mit der alten Zeitrebigkeit. Pauschalreisen, Gesellschaftsfahrten, Besorgen von Fahrkarten jeder Art, von Bettkarten, Dampferkarten, Veranstaltung von Auslandsreisen, Seereisen — das sei das weite Feld, auf dem die Reisebüros tätig seien — zum Wohle der Bevölkerung.

Es war eine Fülle des Interessanten, was der Redner vorbrachte. Als letzter sprach dann Rechtsanwalt und Notar Dr. Galliner über „Rechtsfragen im Reisebüro". Zu diesem Thema führte Dr. Galliner aus: Die Rechtsnatur des Reisebüros ist umstritten. Im Verhältnis zu den Verkehrsunternehmungen, die es vertritt und für die es arbeitet, ist es zum Teil amtliche Dienststelle, zum Teil Agent bzw. Unteragent, im Verhältnis zum Kunden, zum Teil selbständiger Unternehmer, zum Teil „Geschäftsbesorger". Für das reisende Publikum ist

das Reisebüro zugleich Ratgeber in allen Fragen

des Verkehrs, der „Verkehrsanwalt", der sich öffentlich hierzu erbietet und — unentgeltlich! — tätig ist.

Interessante Beispiele aus der Praxis waren das Ende dieses in seiner Art fesselnden Vortrages. Ein Eifer vereinte die Teilnehmer der Tagung dann zu zwanglosem Gedankenaustausch.

Der Diener der Frau Professor

Berlin, 11. Februar. Vor dem Potsdamer Schöffengericht hatte sich der Diener Max Schwinger wegen Diebstahls zu verantworten, den er in Gemeinschaft mit seiner Braut, der Schneiderin Johanna Liese, und deren Mutter Marie Liese im Sommer und Herbst 1926 auf dem Besitztum der Frau Professor Schnabel verübt hat, dessen Testamentsfälschungsaffäre seinerzeit großes Aufsehen erregte, und auch vor demselben Gericht zu einer Verurteilung führte. Neben den drei Angeklagten war sein Bruder, der Sattler Georg Winger, wegen Hehlerei angeklagt. Nach der Anklage wird dem Diener der Frau Professor Schnabel vorgeworfen, daß er zusammen mit seiner Braut und deren Mutter während der Abwesenheit der Frau Professor Schnabel Bilder, Haushaltungsgegenstände und Schmucksachen entwendet hat.

Die Verhandlung verlief sehr sensationell, da sich der Angeklagte Max Schwinger vor Gericht als Geliebter der Frau Professor Schnabel bezeichnete und angab, daß er mit seiner Herrin auf sehr vertrautem Fuße gestanden habe. Bei der Haussuchung vorgefundene Gegenstände habe er von Frau Prof. Schnabel an Stelle von Geld zum Teil geschenkt und zum Teil als Schweigegeld dafür erhalten, daß er während der schwebenden Erbschaftsstreitigkeiten den Verwandten das Vorhandensein von Wertgegenständen verschwiegen habe. Dafür habe er eine Geige und Silbersachen bekommen. Der Angeklagte vermiedete sich dann in seiner weiteren Vernehmung in erhebliche Widersprüche, so daß der Vorsitzende ihn darauf aufmerksam machte, daß man seinen Angaben wohl keinen Glauben schenken könne. Die Mutter der Braut, Frau Marie Liese, erklärte, daß Max Schwinger die Sachen geschenkt bekommen und daß auch sie einige Gegenstände an Stelle von Lohn erhalten habe. Die gleichen Angaben machte auch die Braut Johanna Liese, die behauptete, man habe sie während der polizeilichen Vernehmung hungern lassen und Aussagen erpreßt. Der mitangeklagte Bruder Georg Schwinger erklärte, nicht gewußt zu haben, daß es sich um gestohlene Gegenstände gehandelt habe. Er sei der Ansicht gewesen, daß Frau Professor Schnabel seinem Bruder die Sachen an Stelle von Lohn gegeben habe. Die sodann als Zeugen gehörten Kriminalbeamten bekundeten übereinstimmend, daß die Angeklagten zunächst geleugnet hätten, stellten aber ganz entschieden in Abrede, daß man die Angeklagte Liese während der Vernehmung habe hungern lassen, um von ihr Geständnisse zu erpressen. Das Urteil lautete gegen Max Schwinger wegen einfachen und schweren Diebstahls auf zehn Monate Gefängnis. Seine Braut wurde zu fünf Monaten Gefängnis, die mitangeklagte Pflegemutter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der mitangeklagte Bruder Georg erhielt an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 14 Tagen 100 Mark Geldstrafe.

13 Jahre zum Entziffern einer Inschrift

Professor Delabarre in New-York hat vor 13 Jahren auf einem Felsen eine Inschrift entdeckt, die acht Worte enthielt. Die Inschrift lautete: „Miguel Cortereal. 1511. D. Dei, Hic. Dux. Ind." Delabarre vermutete, daß ihm die Entzifferung dieser Grabschrift wichtige Fingerzeige zur Erforschung der amerikanischen Geschichte des 16. Jahrhunderts geben würde, und arbeitete unentdeckten 13 Jahre daran, um Wortlaut und Bedeutung dieser Inschrift zu ergründen. Zu diesem Zwecke hat er nicht weniger als 600 Bücher gelesen. Die Inschrift selbst lautete nun folgendermaßen: „Miguel Cortereal. 1511. Nach dem Willen Gottes wurde ich hier ein Anführer der Indianer." Die Entzifferung dieser lateinischen Worte erscheint vielleicht nicht allzu schwer. Aber was hat es damit für ein Bewandnis? Hierzu stellt der Gelehrte fest, daß Miguel Cortereal im Jahre 1052 von Portugal nach Amerika gesegelt war, um seinen verschollenen Bruder zu suchen, der die Küstenstriche von Neufundland und Labrador erforschte, von dieser Reise aber selbst nicht mehr zurückgekehrt ist. Seitdem blieb der führte Seefahrer für die Welt verschollen, bis nun, 400 Jahre nach diesem Ereignis, Professor Delabarre den Schleier von dem Geheimnis lüftete. Man muß gewiß die Zähigkeit des Gelehrten bewundern, der Erforschung dieses Geheimnisses 13 Jahre zu opfern, und dennoch muß man sich fragen: War der Erfolg dieser Maulwurfsarbeit wert? Man wird vielleicht mit Shakespeare sagen müssen: Viel Lärm um nichts!

Ein Opfer der Wettleidenschaft

Berlin, 10. Februar. Höchst bedauerlich war der Fall des Postschaffners E., eines schwer kriegsbeschädigten Mannes, der sich vor dem Schöffengericht Tempelhof wegen Amtsunterschlagung und Fälschung amtlicher Register zu verantworten hatte. E. ist ein bedauernswerter Invalide. Durch eine schwere Kriegsverletzung ist er an beiden Beinen vollständig gelähmt, die Beine sind geschient, und er kann sich nur an Krücken weiterbewegen. Deshalb bezieht er auch eine 80prozentige Rente. Die Postverwaltung hatte E., der seit 1906 in ihren Diensten steht, den Markenverkauf an einem Schalter übertragen. E. hat den gesamten Bestand von 1500 Mark unterschlagen. Wie er selbst gestand, war er von einer unhemmbaren Leidenschaft für Rennwetten erfaßt worden und hatte dabei große Verluste. Er war dadurch in Schulden geraten und hatte langsam Beträge aus der Markenkasse entnommen, bis der ganze Bestand verbraucht war. Das Schöffengericht billigte dem Angeklagten zwar mildernde Umstände zu. Die schwere Kriegsverletzung sei aber auch der einzige Grund, um von einer Zuchthausstrafe abzusehen. Die Notlage des Angeklagten sei durch dessen Wettleidenschaft eine selbstverschuldete. Aus diesem Grunde sei das Gericht auch über die Mindeststrafe hinausgegangen und habe auf neun Monate Gefängnis erkannt.

Aus Angst vor der Steuerbehörde. Die Scheu vor der Steuerbehörde, die heutzutage weitestes Kreise beherrscht, wurde so recht durch den Fall des Steueroberfekretärs Strube in Berlin beleuchtet, der bei den Steuerpflichtigen seines Bezirks eine Pumpwirtschaft im größten Stile betrieben hatte. Strube führte auf den Namen seiner Tochter neben seinem Amte noch ein Seifengeschäft, das aber nicht einmal die Unkosten deckte, da die Tageseinnahmen nur 2 bis 10 Mark betrugen. Er geriet daher in Schulden, und es waren Gehaltspfändungen so häufig, daß seine vorgesetzte Behörde ihm schon 1921 eine Verwarnung erteilte. Vom Jahre 1925 setzten neue Gehaltspfändungen ein, und das Gehalt war schließlich bis zum Jahre 1935 gepfändet. Strube wurde daher nunmehr vom Amt suspendiert und jetzt liegen eine Reihe von Betrugsanzeigen bei der Staatsanwaltschaft gegen ihn vor. Die gestrige Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte ergab, daß Strube eine ganze Reihe von Geschäftsleuten in seinem Bezirke dauernd angepumpt hatte und das auch noch fortgesetzt hatte, als er schon suspendiert war und sogar bereits den Offenbarungseid geleistet hatte. Er hatte in zahlreichen Fällen Geschäftsleute in dienstlicher Eigenschaft wegen der Umsatzsteuer oder in anderen Steuerangelegenheiten aufgesucht, mehrfach waren die Dienstaufträge erfunden. Nach Abschluß der Steuerprüfung erbat der Steuerbeamte den Geschäftsinhaber um eine private Rücksprache. Der Zweck war, um ein kurzfristiges Darlehen zu ersuchen. In einem anderen Falle hätte sich der Geschäftsmann reichlich überlegt, einer fremden Person 300 Mark und mehr auf das Versprechen der baldigen Rückzahlung zu leihen. Aber bei der Steuer war es etwas anderes. Wenn auch die Bücher noch so sorgfältig geführt waren, wer konnte wissen, welche Unannehmlichkeiten man noch haben würde, wenn man den einflußreichen Steuersekretär vor den Kopf stoße! So erhielt der Steueroberfekretär das gewünschte Darlehen, entweder gegen Wechsel oder gegen Schuldscheine. An die Rückzahlung dachte er aber nicht. Das Schöffengericht erblickte in dem Vorgehen des Angeklagten eine Irrtumserregung und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis, gab ihm aber für den größeren Teil der Strafe unter Auferlegung der Verpflichtung, den angerichteten Schaden nach Kräften gutzumachen, Bewährungsfrist.

Sturm auf ein Zeitungsauto. In der Nacht zum 20. Juni v. J. vor dem Volksentscheid war es auf dem Mariannenplatz in Berlin zu einer Zusammenrottung gekommen. Eine johlende Menschenmenge hatte ein Auto der Firma August Scherl angehalten und umgestürzt. Die Zeitungen wurden herausgerissen und auf die Straße gestreut, an verschiedenen Straßenecken wurden die Zeitungshaufen angesteckt. Das herbeigerufene Ueberfallkommando hatte zahlreiche Personen festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Gestern hatten sich die Arbeiter Meyer und Richter vor dem Schöffengericht Mitte wegen der Teilnahme an der Zusammenrottung zu verantworten. Meyer bestritt, sich an den Gewalttätigkeiten beteiligt zu haben, obwohl er bei der Vernehmung dem Polizeibeamten die Schuld eingestanden hatte. Die meisten Zeugen konnten ihn nicht wiedererkennen. Dagegen bekundete ein Zeuge mit Bestimmtheit, daß Meyer gerufen hatte: „Werft den Wagen um!" Nach anderen Aussagen ist die Polizei mit den Rufen „Blauhunde", „Knechte" empfangen und mit Steinen beworfen worden, so daß die Beamten Schreckschüsse abgeben mußten, und sehr bedrängt wurden, bis das Ueberfallkommando zur Hilfe eintraf. Bei Richter lag der Fall eigenartig. Er wurde erst aufgegriffen, als die Masse der Demonstranten bereits teils abgeführt, teils zerstreut worden war, und er hatte ein rechtskräftig gewordenes Strafmandat wegen ruhestörenden Lärmes über 30 Mark erhalten. Das Gericht mußte sich dem Einwand von Rechtsanwalt Dr. Georg Cohn anschließen, daß Richter nicht zweimal in derselben Sache bestraft werden könne. Das Verfahren wurde daher gegen ihn eingestellt. Meyer wurde zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

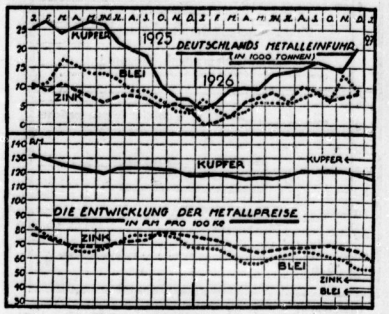
Zugführer betrunken die Reisenden. Aus Paris wird gemeldet: Der Zugführer und stellvertretende Zugführer des Luxuszuges Ventimiglia—Paris—Calais — den man auch den „blauen Zug" nennt — wurden früh bei der Ankunft des Zuges in Paris unter dem Verdachte verhaftet, daß sie seit mehr als einem Jahre zahlreiche Reisende während der Nacht bestohlen haben. Bei dem Zugführer wurden Schmuksachen im Werte von 300 000 Francs gefunden. Er gestand, mit seinem Kollegen während der Fahrt zahlreiche Diebstähle begangen zu haben. Ein Juwelier, der die von den beiden gestohlenen Gegenstände gekauft hatte, wurde ebenfalls verhaftet.

Handelsnachrichten

Zum Rückgang der Metallpreise

Die Entwicklung der Metallversorgung Deutschlands

Die Eigenproduktion Deutschlands von Kupfer, Blei und Zink ist bekanntlich nicht sehr erheblich, so daß die monatlichen Einfuhrziffern für diese drei Metalle ein recht gutes Bild über die jeweilige Versorgung Deutschlands mit Metallen geben. In dem folgenden Schaubild sind nun die monatsmäßigen Einfuhrüberschüsse von Kupfer, Blei und Zink, die wir aus den monatlichen Angaben der Handelsstatistik errechnet haben, zusammengestellt. Es zeigt sich auch hier, daß der Import dieser Metalle ein gutes Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftslage bietet — sind doch Konsumenten dieser Metalle verhältnismäßig viele Industriezweige, von denen die Elektroindustrie, das Baugewerbe, die Metallindustrie zweifellos die wichtigsten sind. Wie das Schaubild zeigt, sinken die Einfuhrüberschüsse in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 ziemlich stark, um auf einen Tiefstand im Januar und Februar 1926, als die Krisis ihren Höhepunkt erreicht hatte, herabzufallen. Von da ab ist die Mehreinfuhr von Kupfer, Blei und Zink bis gegen



Der untere Teil des Schaubildes gibt ungefähr einen Einblick in die Gestaltung der Preislage der erwähnten drei Metalle für die Zeit von Januar 1925 bis Januar 1927. Der Darstellung liegen die Berliner Preise für Raffinadekupfer, Hüttenrohzink und Blei zugrunde. Vergleichsweise sind in Form von Pfeilen die Durchschnittspreise des Vorkriegsjahres 1913 eingetragen worden. Es läßt sich auf diese Weise erkennen, daß der Kupferpreis seit Februar 1925 unter dem Vorkriegsniveau liegt, während Blei und Zink auch gegenwärtig noch über den Vorkriegspreisen liegen. Die in der letzten Zeit eingetretenen Preisrückgänge am Metallmarkt sind recht erhebliche, so daß die erwähnten Hauptmetalle unter das Minimum des Vorjahres 1926 gesunken sind. Wieweit sich die Preisrückgänge eventuell in einer weiteren Steigerung der Metalleinfuhr auswirken werden, wird man abwarten müssen.

Zum Zusammenschluß Selve—Heckmann—Berg. Als erste der demnächst sich fusionierenden Gesellschaften veröffentlicht nunmehr die Selve A.-G. in Altena i. W. ihre Einladung zu der auf den 2. März angesetzten ordentlichen Hauptversammlung. Diese Hauptversammlung wird auch den Fusionsvertrag mit der Firma Carl Berg A.-G. in Werdohl und der C. Heckmann A.-G. in Duisburg zu genehmigen haben. In Ergänzung zu der von Verwaltungsseite herausgegebenen Mitteilung sei noch berichtet, daß das Aktienkapital der Selve A.-G. von 10 440 000 Rm. auf 5 437 800 Rm. in der Form zusammengelegt werden soll, daß gegen 6 Stammaktien zu insgesamt 960 Rm. 5 neu auszugebende Inhaberaktien zu je 100 Rm., also insgesamt 500 Rm., und gegen 40 000 Rm. Vorzugsaktien 20 000 Rm. neu auszugebende, mit einem Vorzugsrecht nicht ausgestattete Inhaberaktien, eingeteilt in 20 Aktien zu je 1000 Rm. und 8 Aktien zu je 100 Rm., gegeben werden. Außerdem findet eine teilweise Rückzahlung des Grundkapitals statt, indem 1,40 Rm. in bar für jede alte Aktie zur Auszahlung kommen. Im Anschluß hieran wird das Kapital um 2 562 700 Rm. Inhaberstammaktien erhöht werden. Darüber hinaus wird eine weitere Kapitalserhöhung um 8 Mill. Rm. Inhaberstammaktien zum Zweck der Durchführung des Fusionsplanes erfolgen, und zwar werden für je eine Carl-Berg-Aktie zu 400 Rm. drei neue Selve-Aktien zu je 100 Rm. und für je 4000 Rm. C. Heckmann-Stammaktien je 2800 Rm. neue Selve-Aktien im Austausch gewährt werden. Das neue Aktienkapital der Selve A.-G., die ihre Firma bekanntlich in „Berg-Heckmann-Selve A.-G." ändern dürfte, wird sich mithin auf genau 16 000 000 Rm. belaufen.

Harpener Bergbau A.-G., Dortmund. Wie der D. H. D. von Verwaltungsseite erfährt, handelt es sich bei dem Ausbau der Anlagen der Gesellschaft entgegen den bisherigen Meldungen nicht um Angliederung eines besonderen Unternehmens zur Gewinnung von Benzol, Seifen und Farbstoffen, sondern um die bereits bekannte Neueinrichtung einer Zentralkokerei auf der Zeche Gneisenau, die mit den modernsten Nebeneinrichtungen ausgerüstet sein wird.

Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben. Entgegen anderweitigen Blättermeldungen erfährt der D. H. D., daß ein Personalabbau auf dem Zirkelschacht bei Klosterunsfeld nicht in Betracht kommt.

Cuxhavener Hochseefischerei A.-G., Cuxhaven. In der ao. H.-V., die über den Fusionsvertrag mit der Deutschen Seefischerei A.-G., Cuxhaven, und über die damit verbundene Kapitalserhöhung beschließen sollte, gab der A.-R.-Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung einige Aufklärungen über den Fusionsvertrag. Danach erhält die Cuxhavener Hochseefischerei von der Deutschen Seefischerei 46 Dampfer, einen Oelleichter, 1 Schlepper und außerdem noch verschiedene Beteiligungen der Seefischerei, z. B. an den Cuxhavener Eiswerken usw. Das Bankenkonsortium verlangt zur Deckung der Schulden der Deutschen Seefischerei einen Aktienbetrag von zwei Mill. Rm. In geheimer Abstimmung wurden mit 28 032 gegen 968 Stimmen der Stammaktien und mit 3000 Stimmen der Vorzugsaktien die Anträge der Verwaltung angenommen. Hiernach geht das Vermögen der Deutschen Seefischerei A.-G. als Ganzes auf die Cuxhavener Hochseefischerei über. Ferner wurde beschlossen, das A.-K. der Gesellschaft um vier Millionen auf 8 048 000 Rm. zu erhöhen, und zwar mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1927 unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre.

Kündigung des Tarifvertrages in der deutschen Schuhindustrie. Die Arbeitnehmer haben den Reichstarifvertrag in der deutschen Schuhindustrie zum 31. März 1927 gekündigt.

Druck und Verlag von Otto Thiele.

Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.

Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Bellhein, für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Henningsen; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans-Ulrich Meinicke. Für den Anzeigenteil: Paul Perkow. Sämtlich in Halle a. S. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61. Blüchertraße 13. Leitung: Alfred W. Kamek.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702122-13/fragment/page=0004